

FU oder Systemversagen in der Psychiatrie

Zwang in der Psychiatrie: Der Staat sperrt seine Bürger zu leichtfertig weg
Tausende von Schweizerinnen und Schweizern landen unfreiwillig in psychiatrischen Kliniken.
Das müsste nicht sein. Das System versagt.

Simon Hehli und Kommentare vom 20.12.2022, 05.30 Uhr



Der Staat nimmt jedes Jahr Tausenden seiner Bürgerinnen und Bürger vorübergehend die Freiheit, ohne dass sie ein Verbrechen begangen haben. Er sperrt sie für Tage oder Wochen in eine psychiatrische Klinik – weil sie in einer schweren Krise sind und die Ärzte keinen anderen Weg sehen. Fürsorgerische Unterbringung nennt man das, FU im Jargon der Fachleute.

[16 000 solcher Zwangsmassnahmen gibt es jedes Jahr.](#) Das heisst, es trifft etwa jede fünfhundertste Person. Einer von fünf Patienten, die in einer psychiatrischen Klinik behandelt werden, ist nicht freiwillig dort. Die Schweiz zählt damit zu den europäischen Ländern mit den höchsten Werten.

Ein Skandal? Nein. Aber ein Umstand, der eine genauere Betrachtung verdient.

Dunkle Geschichte

Wenn Historiker heute die Schweizer Psychiatriegeschichte aufarbeiten, stossen sie auf manch dunkles Kapitel, etwa Medikamentenversuche an unwissenden Patienten. Besonders problematisch war jedoch das System der «administrativen Versorgung»: Zehntausende Aussenseiter, die sich nicht sozialkonform verhielten, wurden pathologisiert. Und ein beträchtlicher Teil dieser Personen mit einem «liederlichen» Lebenswandel oder von angeblich Arbeitsscheuen landete in «Irrenanstalten». Niemand würde diese Praxis noch rechtfertigen, die bis in die 1970er Jahre verbreitet war. Auch ähneln Psychiatrien immer weniger Gefängnissen. Geschlossene Abteilungen werden seltener, die Heilung der Kranken steht im Vordergrund. Doch ist heute wirklich alles besser? Besteht nicht die Gefahr, dass man in 50 Jahren wiederum empört auf die Methoden der heutigen Psychiatrie zurückschauen wird?

Kritik gibt es bereits genug. Sie entzündet sich nicht nur an Praktiken wie der Fixierung von Patienten, die sich mit Händen und Füßen wehren. Sondern auch an den fürsorgerischen Unterbringungen generell. So hält die Stiftung Pro Mente Sana fest, diese würden in der Schweiz «viel zu oft» ausgesprochen.

Kein systematischer Machtmissbrauch

Natürlich sind Zwangseinweisungen für die Betroffenen selten angenehm. Manche beklagen, das Prozedere habe bei ihnen schwere Traumata zurückgelassen. Es gibt allerdings keine Hinweise darauf, dass die Schweizer Ärztinnen und Ärzte einen Grossteil der FU zu Unrecht verfügen. Oder dass sie gar systematisch ihre Macht über die Patienten missbrauchen würden.

Denn meist haben die Mediziner keine Wahl. Sie treffen auf Personen, die schwer psychotisch oder hochgradig verwahrlost sind. Auf Menschen, bei denen damit gerechnet werden muss, dass sie sich selbst verletzen oder andere gefährden. So massiv der Eingriff in die Autonomie eines Menschen durch eine Zwangseinweisung ist: Es lässt sich nachvollziehen, dass die Ärzte den Schutz des Lebens und der Gesundheit tendenziell höher gewichten als die Freiheit. Und lieber eine Nullrisikostrategie fahren.

Wenn es schwierig abzuschätzen ist, wie hoch das Suizidrisiko ist, kann es sinnvoll sein, dass der Patient ein paar Nächte in einer Institution in Sicherheit verbringt – bis die schlimmste Phase vorüber ist. Man weiss aus Studien, dass die meisten Patienten im Nachhinein froh sind, wenn sie von einem Suizid abgehalten wurden. Zudem ist die Einweisung in eine Klinik für die Angehörigen oftmals eine grosse Entlastung. Eine vertiefte Abklärung oder gar das Einholen einer Zweitmeinung ist nicht immer möglich. In akuten Krisen muss es schnell gehen. Nur sollten die Patienten auch möglichst schnell wieder nach Hause können, wenn sich ihr Zustand bessert.

Kranke Zürcher, gesunde Walliser?

Irritierend ist allerdings, wie stark die FU-Zahlen in den Schweizer Kantonen variieren: In Neuenburg oder Zürich kommen Zwangseinweisungen rund rund dreimal so häufig vor wie in Appenzell Innerrhoden, in Obwalden oder im Wallis. Das muss auch an den Rahmenbedingungen liegen – so gross können die Unterschiede bei der psychischen Gesundheit allein nicht sein.

Es gibt in den Kantonen mehr als zehn verschiedene Modelle, um die Zuständigkeiten für die Einweisungen zu regeln. In Basel-Stadt stehen nur ein paar wenige speziell qualifizierte Psychiater in der Verantwortung, während in Zürich jeder niedergelassene Arzt – also auch ein Schönheitschirurg oder ein Kniespezialist – eine Einweisung in eine psychiatrische Klinik anordnen darf. Das schlägt sich in den Zahlen nieder. Basel liegt, anders als Zürich, bei den FU im schweizerischen Schnitt, obwohl psychische Krankheiten in urbanen Gebieten häufiger vorkommen. Die Diskrepanz zeigt, dass eine gewisse nationale Harmonisierung der Spielregeln sinnvoll wäre.

Die Kritiker haben recht mit ihrer Aussage, dass es in der Schweiz zu viele fürsorgliche Unterbringungen gebe. Eine Zielvorgabe einzuführen – etwa nur noch 12 000 Massnahmen pro Jahr –, würde aber nichts bringen, im Gegenteil. Es darf nicht passieren, dass psychisch schwer kranke Menschen nicht die nötige Hilfe erhalten, weil bereits eine Quote erfüllt ist. Die Zahl der FU liesse sich jedoch reduzieren, wenn es seltener zu den Situationen käme, in denen es nicht mehr ohne geht.

Immer mehr psychiatrische Behandlungen

Die Entwicklung der Zwangseinweisungen ist ein guter Indikator dafür, wie es generell um die Gesundheit der Schweizerinnen und Schweizer steht. Und da gibt es einige Alarmzeichen. [Zu Suiziden kommt es zwar seltener](#), psychische Beschwerden sind jedoch immer häufiger. 1997 gaben in der nationalen Gesundheitsbefragung noch 4,1 Prozent an, sie seien in den vergangenen 12 Monaten wegen eines psychischen Problems in Behandlung gewesen. 20 Jahre später waren es bereits 6,1 Prozent.

Beunruhigend sind insbesondere die neusten Statistiken zum Gemütszustand der unter 25-Jährigen: Die Zahl der Hospitalisierungen ist bei ihnen in die Höhe geschossen, insbesondere vielen Mädchen und jungen Frauen geht es schlecht. Das hat nicht nur mit den Begleitscheinungen der Pandemie, mit dem Klimawandel und dem Krieg in der Ukraine zu tun, sondern auch mit steigendem Leistungsdruck in Schule und Job. Und mit dem andauernden Vergleichsstress in den sozialen Netzwerken.

Die verletzlichen jungen Menschen müssten schnellstens die bestmögliche psychologische Unterstützung erhalten. Sonst besteht die Gefahr, dass ihre Krankheit chronifiziert, sie zu Dauergästen der Psychiatrie werden und immer mal wieder eine Zwangsmassnahme nötig ist. Doch gerade im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie bestehen so grosse Lücken, dass die [Präsidentin des Psychologenverbandes von einer «Katastrophe» spricht](#).

Wenn die Kesb aktiv werden muss

Doch auch bei den Senioren gibt es Anlass zur Sorge, vor allem wegen der demografischen Entwicklung. Die Gruppe der über 80-Jährigen wird in den nächsten Jahren stark wachsen. Und in diesem Alter kommt es zu besonders vielen fürsorgerischen Unterbringungen. Anlass ist oft eine Demenzerkrankung: Die betroffene Person kann nicht mehr daheim wohnen. Doch sie oder ihre Angehörigen wollen das nicht wahrhaben und wehren sich gegen einen Umzug in ein Heim – so dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) aktiv werden muss.

Das Schweizer Gesundheitssystem tut sich schwer mit dieser doppelten Herausforderung. Das beginnt schon bei den Psychiaterinnen und den Psychiatern – zu wenige Nachwuchsmediziner wählen diese Fachrichtung. Dies auch, weil die Vergütungssysteme falsch gebaut sind: In anderen Spezialdisziplinen gibt es viel mehr zu verdienen. Der Personalmangel, auch bei den Pflegefachleuten, führt dazu, dass es zu wenige ambulante Angebote für psychisch Kranke gibt. Bekämen diese niederschwellig Unterstützung, liesse sich manche akute Krise verhindern. Und damit auch ein teurer Klinikaufenthalt, mit oder ohne FU.

Es gibt positive Ansätze. Psychiatrische Kliniken in Basel oder Zürich sind Pioniere bei der Behandlung von psychisch Kranken in der eigenen Wohnung. Speziell ausgebildete Pflegefachleute besuchen die Patienten regelmässig daheim und stehen auch sonst mit ihnen in Kontakt. So können sie schnell reagieren, wenn sich die Stimmung verdüstert.

Auch bei der Psychotherapie besteht Hoffnung, dass sich die Situation etwas entspannt und Kranke nicht mehr monatelang auf einen Termin warten müssen. Denn seit kurzem dürfen die Psychologen, die als Psychotherapeuten tätig sind, ihre Dienste direkt den Krankenkassen in Rechnung stellen und müssen sich nicht mehr bei einem Psychiater anstellen lassen. Dadurch dürfte das Angebot deutlich steigen.

Mehr Psychiater ausbilden

Doch all das reicht noch nicht. Eine Gesellschaft, die ihre Jungen und Alten leiden lässt, versagt. Die Ursachen für die psychischen Probleme sind komplex und lassen sich nicht so leicht aus der Welt schaffen. Aber die Betroffenen müssen die Instrumente bekommen, um mit ihren Leiden umgehen zu können. Das heisst, dass die Schweiz wieder mehr Psychiaterinnen und Psychiater ausbildet, dass Hausärzte für psychiatrische Fragen sensibilisiert werden und dass die Gemeinden das Angebot an ambulanten Betreuungsstellen ausbauen.

Gelingt das, wird es keinen Anlass mehr geben, so vielen Menschen vorübergehend die Freiheit zu nehmen.

Passend zum Artikel

- [Wenn die Psychiatrie Zwang einsetzt: Tausende Schweizer werden gegen ihren Willen therapiert](#)
NZZ vom 21.11.2022



[NZZ-INTERVIEW](#) vom 17.12.2022

- [Sie wurden kastriert, sterilisiert und am Hirn operiert – waren ihre Ärzte Monster?](#)